

Nr. 25.0-10-V127/6

An die
Ev. Pfarrämter und Kirchenpflegen
über die Ev. Dekanatämter
- Dekaninnen und Dekane sowie
Schuldekaninnen und Schuldekane -
Landeskirchliche Dienststellen
Kirchenbezirksrechnerinnen und -rechner
Große Kirchenpflegen
Vorsitzende der Mitarbeitervertretung
Evangelische Regionalverwaltungen
Geschäftsführungen von Bezirks- und Kreisdiakoniestationen

**Ausnahmegenehmigungen für die Besetzung von Stellen in den Bereichen
Jugendarbeit und Gemeindediakonie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
ohne (vollständige) fachspezifische Ausbildung
(Quereinsteigerinnen/Quereinsteiger)**

Rundschreiben AZ 25.00 Nr. 25.0-10-V23/66 vom 09.08.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

das o. g. Rundschreiben wurde überarbeitet und wird wie folgt neu bekannt gegeben:

Nach § 1 d Abs. 1 KAO setzt die Anstellung im kirchlichen Dienst neben der Mitgliedschaft in einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland voraus, dass die Bewerberin oder der Bewerber den für die übertragenen Aufgaben vorgeschriebenen Ausbildungsgang zurückgelegt und die erforderlichen Prüfungen mit Erfolg abgelegt hat.

Nach den für die o. a. Arbeitsbereiche geltenden Vergütungsgruppenplänen ist eine abgeschlossene, kirchlich anerkannte Ausbildung entsprechend § 3 des Diakonen- und Diakoninnengesetzes vom 23. Oktober 1995 erforderlich.

Dies sind die erfolgreich abgeschlossene Regelausbildung zum Diakon oder zur Diakonin an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg, staatlich anerkannte Hochschule für angewandte Wissenschaften der Evangelischen Landeskirche Württemberg sowie, der Regelausbildung gleichgestellt, entweder die Ausbildung an einer diakonisch-missionarischen Ausbildungsstätte, die von der Evangelischen Landeskirche in Württemberg anerkannt ist – siehe Bekanntmachung des Oberkirchenrats vom 2. März 2004 (Abl. 61, S. 73), Rechtssammlung der Landeskirche Nr. 767 a – nach Abschluss eines Anerkennungsjahres und einer berufsbegleitenden Aufbauausbildung oder das abgeschlossene Studium einer doppelten Qualifikation im theologisch-religionspädagogischen oder diakonisch-

sozialpädagogischen Fachbereich an einer Evangelischen Hochschule einschließlich der Praxissemester nach einjähriger Tätigkeit in der Evangelischen Landeskirche in Württemberg.

Ein Antrag an den § 1 e-Ausschuss auf Einstellung von Bewerberinnen/Bewerbern, die nicht die Ausbildungsvoraussetzungen erfüllen, kann nur unter folgenden Voraussetzungen gestellt werden:

1. Jedem Antrag auf Ausnahmegenehmigung ist eine Stellungnahme des zuständigen Fachdezernats des Evangelischen Oberkirchenrates (hier: Ref. 2.3, z.Zt. Herr Alger) beizufügen.
2. Dem Bewerber oder der Bewerberin sind die Punkte der diesem Rundschreiben als Anlage angefügten Checkliste bekanntgemacht und mit ihm oder ihr besprochen worden.
3. Eine Ausnahmegenehmigung kommt nur in Betracht, wenn der Anstellungsträger in dem Antrag begründet darlegt, dass nach Ausschreibung der Stelle **keine Bewerbungen** von Personen vorliegen, die die Anstellungsvoraussetzungen des § 1 d Abs. 1 Buchst. b) KAO in Verbindung mit § 3 Abs. 3, 4 und 5 Diakonen- und Diakoninnengesetz erfüllen. Es ist im Antrag ferner zu bestätigen, dass die Checkliste zum Quereinstieg (Anlage) besprochen bzw. bearbeitet wurde.
4. Der/die Bewerber/in muss mindestens einen Bachelor-Abschluss in einem zum Quereinstieg geeigneten Studiengang nachweisen.
5. Dem Antrag ist außerdem die Stellungnahme der zuständigen Mitarbeitervertretung zur beabsichtigten Anstellung beizufügen.

Nach erteilter Genehmigung kann der Quereinsteiger/die Quereinsteigerin zunächst befristet für die Dauer der Absolvierung einer Zusatzausbildung angestellt werden. Zu einer unbefristeten Anstellung sind weitere Voraussetzungen zu erfüllen bzw. zwei Phasen der Nachqualifikation zu durchlaufen, deren Erfordernisse vom Oberkirchenrat (hier: Ref. 2.3, z.Zt. Herr Alger) festgelegt werden. Das nähere Verfahren ergibt sich aus einem **Merkblatt**, das diesem Rundschreiben als Anlage beigelegt ist.

Darüber hinaus weisen wir in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass die Zulassung zur Zusatzausbildung von Referat 2.3 (Herr Alger) genehmigt werden muss. Ebenfalls gegenüber Referat 2.3 ist der Nachweis zu erbringen, dass die Zusatzausbildung angetreten und beendet wurde. Die Zusatzausbildung ist zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beginnen und innerhalb von zwei Jahren zu absolvieren.

Als auflösende Bedingung ist im Arbeitsvertrag zu vereinbaren, dass die Zusatzausbildung innerhalb der vorgeschriebenen Frist erfolgreich abgeschlossen sein muss.

Die Anstellungsträger werden gebeten, dies bei ihren Überlegungen zur Besetzung der oben genannten Stellen zu berücksichtigen und Interessenten oder Interessentinnen frühzeitig zu informieren.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Michael Frisch
Oberkirchenrat

Anlagen:
Merkblatt
Checkliste

Merkblatt Quereinstieg

Ausnahmegenehmigungen für die Besetzung von Stellen in den Bereichen Jugendarbeit und Gemeindediakonie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ohne (vollständige) fachspezifische Ausbildung (Quereinsteiger/Quereinsteigerinnen)

Nach § 1 d Abs. 1 KAO setzt die Anstellung im kirchlichen Dienst neben der Mitgliedschaft in einer Gliedkirche der Evangelischen Kirche in Deutschland voraus, dass der Bewerber oder die Bewerberin den für die übertragenen Aufgaben vorgeschriebenen Ausbildungsgang zurückgelegt und die erforderlichen Prüfungen mit Erfolg abgelegt hat. Nach den für die o. a. Arbeitsbereiche geltenden Vergütungsgruppenplänen ist dies eine abgeschlossene, kirchlich anerkannte Ausbildung entsprechend § 3 des Diakonen- und Diakoninnengesetzes vom 23. Oktober 1995.

Ausnahmen sind nur mit Genehmigung des von der Arbeitsrechtlichen Kommission eingesetzten Ausschusses nach § 1e KAO zulässig.

Anträge an den § 1 e-Ausschuss können nur unter folgenden Voraussetzungen gestellt werden:

1. Für die Anstellung in Frage kommende Bewerberinnen und Bewerber

Sofern nachweislich keine Bewerbungen von Personen vorliegen, die die Anstellungsvoraussetzungen des § 1 d Abs. 1 Buchst. b) KAO in Verbindung mit § 3 Abs. 3, 4 u. 5 Diakonen- u. Diakoninnengesetz erfüllen, ist zwischen folgenden Personengruppen zu unterscheiden:

- a) Personen mit pädagogischer Qualifikation ohne theologische Ausbildung (z. B.: Sozialpädagogen, Sozialpädagoginnen, Sozialarbeiter, Sozialarbeiterinnen).
- b) Personen mit theologischer, an einer staatlichen Hochschule erworbenen Qualifikation ohne pädagogische Ausbildung (z. B. Diplom-Theologen, Diplom-Theologinnen, BA Ev. Theologie).

Der Bewerber oder die Bewerberin muss mindestens einen Bachelor-Abschluss in diesen Bereichen nachweisen können.

2. Weitere Antragsvoraussetzungen

- a) Jedem Antrag auf Ausnahmegenehmigung ist eine Stellungnahme des zuständigen Fachdezernats des Evangelischen Oberkirchenrates (hier: Ref. 2.3, Herr Alger) beizufügen. Die Bewerbungsunterlagen, einschließlich Zeugnisse, sind für die Stellungnahme vorzulegen.
- b) Eine Ausnahmegenehmigung kommt nur in Betracht, wenn der Anstellungsträger in dem Antrag begründet darlegt, dass auch nach Ausschreibung **keine Bewerbungen** von Personen vorlagen, die die Anstellungsvoraussetzungen des § 1 d Abs. 1 Buchst. b) KAO in Verbindung mit § 3 Abs. 3, 4 und 5 Diakonen- und Diakoninnengesetz erfüllen.



- c) Im Antrag ist zu bestätigen, dass die Checkliste gem. Anlage 2 beachtet und die Teile, welche die bewerbende Person betreffen, mit dieser besprochen wurden.
- d) Dem Antrag ist außerdem die Stellungnahme der zuständigen Mitarbeitervertretung zur beabsichtigten Anstellung beizufügen.
- e) Der Antrag sollte Bewerbungsunterlagen, einschließlich Zeugnisse enthalten.

3. Anstellungsverfahren

Mit der erteilten Ausnahmegenehmigung nach § 1 e KAO ist grundsätzlich eine zweigeteilte Anstellung im Sinne der nachfolgenden Ausführungen eröffnet.

a) Befristete Anstellung

Der Quereinsteiger/die Quereinsteigerin ist zunächst befristet zum Zweck der Absolvierung einer der unter Gliederungspunkt 4 aufgeführten Zusatzausbildungen anzustellen. Die Befristung sollte, sofern dies rechtlich möglich ist, grundsätzlich gemäß § 14 Abs. 2 TzBfG für zwei Jahre ohne sachlichen Grund geschlossen werden.

Darüber hinaus ist im Arbeitsvertrag unter „Besondere Vereinbarungen“ festzulegen, dass sich die Mitarbeiterin bzw. der Mitarbeiter verpflichtet, die einschlägige Zusatzausbildung zum nächstmöglichen Zeitpunkt zu beginnen und zügig bis zum Ablauf der Befristung zu absolvieren.

Zudem ist im Arbeitsvertrag aufzunehmen, dass das Arbeitsverhältnis auflösend bedingt ist durch „das endgültige Nichtbestehen der Zusatzausbildung Pädagogik/Theologie an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg/Missionsschule Unterweissach (*nicht Zutreffendes streichen*) oder das endgültige Nichtbestehen des Kolloquiums zur Überprüfung der weiteren Anstellungsfähigkeit im Anschluss an die Zusatzausbildung.“

Nachdem die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erst nach Abschluss der Zusatzausbildung berechtigt sind, die Berufsbezeichnung „Jugendreferentin/Jugendreferent“ bzw. „Gemeindediakonin/Gemeindediakon“ zu führen, ist im Dienstvertrag zunächst die Berufsbezeichnung „Mitarbeiterin/Mitarbeiter in der Jugendarbeit“ oder „Jugendreferentin/Jugendreferent in Qualifikation bzw. „Mitarbeiterin/Mitarbeiter im Bereich der Gemeindediakonie“ oder „Gemeindediakonin/Gemeindediakon in Qualifikation“ zu verwenden.

b) Unbefristete Anstellung

Eine anschließende unbefristete oder bei Vorliegen eines Befristungsgrundes weitere befristete Anstellung ist erst möglich, wenn die weitere Anstellungsfähigkeit vom Referat Diakonat (Referat 2.3) des Oberkirchenrats bestätigt wurde.

Dem Antrag auf Bestätigung der weiteren Anstellungsfähigkeit sind beizufügen:

- die Nachweise über die erfolgreich absolvierten Bausteine der bisherigen Zusatzausbildung

- eine Stellungnahme des Arbeitgebers zu den bisherigen Leistungen des Quereinsteigers/der Quereinsteigerin
- ein maximal zehnteiliger Reflexionsbericht des Quereinsteigers/der Quereinsteigerin über die Zusatzausbildung

Der Quereinsteiger/die Quereinsteigerin wird daraufhin zu einem **Kolloquium** über die in der Zusatzausbildung behandelten Themen geladen. Das Kolloquium wird vom Referat Diakonat unter Beteiligung des EJW bzw. der/des Beauftragten für den Gemeindediakonat bzw. des Dozenten oder der Dozentin der Aufbauausbildung durchgeführt. Es kann im Falle des Nichtbestehens einmal wiederholt werden.

Um Verwechslungen auszuschließen, wird darauf hingewiesen, dass die „Bestätigung der weiteren Anstellungsfähigkeit“ mit der „Bescheinigung der Anstellungsfähigkeit“ im Rahmen der Berufung in das Diakonenamt nach § 5 Diakonen- und Diakoninnengesetz nicht identisch ist.

Im Fall einer an die Befristung anschließenden Weiterbeschäftigung sowie für den Fall, dass die Mitarbeiterin oder der Mitarbeiter trotz eines befristeten Anstellungsverhältnisses eine unbefristete Anstellung und eine Berufung ins Diakonenamt anstrebt, folgt die **landeskirchliche Aufbauausbildung (siehe Ziffer 4 c))**. Diese dauert in der Regel zwei Jahre und findet berufsbegleitend statt.

Bei einer unbefristeten Weiterbeschäftigung ist im Arbeitsvertrag unter „Besondere Vereinbarungen“ festzulegen: „Die Mitarbeiterin/der Mitarbeiter verpflichtet sich, zum nächstmöglichen Zeitpunkt die landeskirchliche berufsbegleitende Aufbauausbildung zu beginnen und in der vorgeschriebenen Zeit, d.h. in der Regel in zwei Jahren, zu absolvieren.“

4. Während der Befristung zu durchlaufende Zusatzausbildungen

a) Grundmodul Zusatzausbildung Theologie (ZA - Theologie)

Bewerber/Bewerberinnen mit pädagogischer Qualifikation ohne theologische Ausbildung (siehe Gliederungspunkt 1 a) sind verpflichtet, während der Zweckbefristung das Grundmodul ZA - Theologie zu durchlaufen.

Im Rahmen dieses Grundmoduls sind die Fächer Biblische Theologie, Systematische Theologie und Diakonie mit einem Umfang von zusammen mindestens 12 Credit Points zu belegen. Das Grundmodul ZA - Theologie kann bei der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg im Gasthörerstatus oder bei der kirchlich anerkannten Ausbildungsstätte in Unterweissach durchgeführt werden.

Ansprechpartner:

Ev. Hochschule Ludwigsburg: Prof. Dr. Wolfgang Ilg
Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07141/9745-234,
E-Mail: w.ilg@eh-ludwigsburg.de

Ev. Missionsschule Unterweissach: Direktor Pfarrer Thomas Maier,
Im Wiesental 1, 71554 Weissach im Tal, Tel.: 07191/3534-0

b) Grundmodul Zusatzausbildung Pädagogik (ZA - Pädagogik)

Bewerber/Bewerberinnen mit theologischer Qualifikation ohne pädagogische Ausbildung (siehe Gliederungspunkt 1 b) sind verpflichtet, während der Zweckbefristung das Grundmodul ZA - Pädagogik zu durchlaufen.

Im Rahmen dieses Grundmoduls sind die Fächer Pädagogik, Psychologie und Soziologie mit einem Umfang von zurzeit zusammen mindestens 12 Credit Points an der Evangelischen Hochschule Ludwigsburg im Gasthörerstatus zu belegen.

Ansprechpartner:

Ev. Hochschule Ludwigsburg: Prof. Dr. Wolfgang Ilg,
Paulusweg 6, 71638 Ludwigsburg, Tel.: 07141/9745-234,
E-Mail: w.ilg@eh-ludwigsburg.de

c) Landeskirchliche Aufbauausbildung

Zur Gleichstellung des Quereinstiegs im Sinne des § 3 Diakonen- und Diakoninnengesetzes ist nach der ersten Phase der Qualifizierung die landeskirchliche Aufbauausbildung zu absolvieren. Näheres regelt die Aufbauausbildungsordnung (AaO) des Oberkirchenrats vom 15. September 2020 (Abl. 57, S. 260), Rechtssammlung Nr. 767.

d) Alternativer Qualifizierungsweg

Alternativ kann eine Qualifizierung auch durch Aufnahme eines berufsbegleitenden Bachelor-Studiums im Studiengang Religionspädagogik oder Diakoniewissenschaften an der EH Ludwigsburg erfolgen. Über Aufnahme, Anrechnungen und zu erbringende Studienleistungen entscheidet die EH Ludwigsburg im Rahmen ihrer Ordnungen. Von dem Quereinsteiger/der Quereinsteigerin sind die Prüfungsleistungen der Fachsemester 1 bis 3 innerhalb des Zeitraums der befristeten Anstellung gem. Ziff. 3 a) abzuleisten. Nach Abschluss der Prüfungsleistungen der Fachsemester 1 bis 3 erfolgt die Bestätigung seitens der Hochschule. Mit dieser kann die Bestätigung der weiteren Anstellungsfähigkeit beantragt werden (Ziffer 3b).

5. Befristete Anstellungen

Soll eine befristete Anstellung, z.B. zur Vertretung für länger als ein Jahr erfolgen, hat der Quereinsteiger/die Quereinsteigerin ebenfalls - wie oben ausgeführt - die Zusatzausbildung zu durchlaufen. Die Aufbauausbildung ist zu absolvieren, wenn ihr regulärer Abschluss vor dem Ende der Befristung möglich ist. Diese Anforderungen sind im Dienstvertrag unter „Besondere Vereinbarungen“ festzuschreiben.

6. Eingruppierung

In Ermangelung der Erfüllung der Tätigkeitsmerkmale der Vergütungsgruppenpläne 03 oder 04 (abgeschlossene Gemeindediakonen- bzw. Jugendreferentenausbildung) erfolgt für die Dauer der Befristung bis zur Bestätigung der weiteren Anstellungsfähigkeit die Eingruppierung nach den Tätigkeitsmerkmalen des Vergütungsgruppenplans 01 in Entgeltgruppe 9c.

Nach erfolgreichem Abschluss der Zusatzausbildung erfolgt bei weiterer Anstellung die Umgruppierung in Vergütungsgruppenplan 03 oder 04. Die im Vergütungsgruppenplan 01 verbrachte Zeit wird als Stufenlaufzeit angerechnet.

7. Kosten/Freistellung

Die Kosten der ersten Phase der berufsbegleitenden Zusatzausbildung sind von den Anstellungsträgern zu tragen. Die Anstellungsträger sollen für die Zeit der Ausbildung die betreffenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter Fortzahlung der Vergütung freistellen.

Für die Aufbauausbildung richten sich die Dienstbefreiung sowie der Kostenersatz nach der von der Arbeitsrechtlichen Kommission beschlossenen Regelung zur Dienstbefreiung und zur Kostenübernahme der Aufbauausbildung sowie der Fortbildung der Diakone und Diakoninnen (Anlage 3.1.3 zur KAO).

Wird die kirchliche Anerkennung im berufsbegleitenden Bachelor erworben, wird empfohlen, die für diesen Ausbildungsweg die geltenden Regelungen analog zu übernehmen.

Es wird empfohlen für die Abrechnung der Fahrtkosten mit den Quereinsteigern eine einvernehmliche Regelung zu finden. Der Oberkirchenrat empfiehlt hierbei die Fahrtkosten ganz bzw. zumindest hälftig zu übernehmen.

8. Zusammenfassung der Zuständigkeiten

Aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit über die verschiedenen Zuständigkeiten werden die betreffenden Stellen bzw. Fachbereiche aufgeführt, mit der Bitte, sich bei Fragen zu den nachfolgend genannten Themen an diese zu wenden:

- a) Anträge auf Ausnahmegenehmigung:
§ 1 e-Ausschuss der Arbeitsrechtlichen Kommission
- b) Anfragen arbeitsrechtlicher Art:
Evangelische Oberkirchenrat - Referat Arbeitsrecht (Referat 6.2)
- c) Fragen zur Zusatz- und Aufbauausbildung, der Bestätigung der weiteren Anstellungsfähigkeit sowie Grundsatzfragen:
Evangelischer Oberkirchenrat - Referat Diakonat (Referat 2.3)

Checkliste zu Verfahren und Rahmenbedingungen (Quereinstieg)

Fragestellungen und Merkposten auf Dienstgeberseite:

- Ein Antrag auf Ausnahmegenehmigung kann bei bzw. nach erster Ausschreibung gestellt werden.
- Die beschäftigte Person wird für die Zeit der Qualifikation mindestens drei Jahre nicht mit der vollen Arbeitskraft zur Verfügung stehen (ca. 20 % dienstl. Inanspruchnahme p.a.). Dies ist bei der Ausgestaltung des Dienstauftrages zu berücksichtigen.
- Es muss zunächst ein befristeter Vertrag geschlossen werden. (i.d.R. nach §14 (2) TzBfG)
- Die Vergütung liegt mit EG 9c unter den Regeleingruppierungen bereits berufener Diakoninnen und Diakone.
- Die Bezeichnung als Jugendreferent (m/w/d)/Gemeindediakon (mwd) kann nach dem bestandenen Kolloquium geführt werden. Bis dahin ist die Bezeichnung „Mitarbeiter/in in der Jugendarbeit“ zu wählen.
- Soll auf Kirchengemeindeebene angestellt werden ist zusätzlich ein Antrag gem. §12 Diakonen- und Diakoninnengesetz bei Referat 6.2 - Arbeitsrecht zu stellen
- Übernahme der entstehenden Kosten für die Ausbildung: Die Kosten sollen von der Dienstgeberseite übernommen werden. Sollten die Kosten nicht komplett übernommen werden können wird dies der BewerberIn unter Auflistung der zu erwartenden Beträge vorab mitgeteilt.
Hier fallen insbesondere an:
 - Fahrtkosten,
 - Gebühren der EH Ludwigsburg bzw. der Missionsschule Unterweissach
 - Gegebenenfalls über den landeskirchlichen Ersatz hinausgehende Kosten für Supervision und selbst gewählte Qualifikationstage im Rahmen der landeskirchlichen Aufbauausbildung.

Informationen für die bewerbende Person:

- Die Zusage zu Ihrer Bewerbung ist für den Arbeitgeber dann möglich, wenn ein Antrag bei der Ev. Landeskirche gestellt und positiv beschieden wurde. Der Zeitpunkt der Zusage an Sie hängt daher mit Fristen und Sitzungsterminen des zuständigen Ausschusses zusammen.
- Die Zustimmung zum Antrag ist gekoppelt an eine Zusatzausbildung. Diese dauert je nach Zeitpunkt des Beginns und persönlichem Tempo mindestens 2,5 Jahre bis zu 3,5 Jahren.
- Sie werden in dieser Zeit in EG 9c eingruppiert. EG 10 (oder eine ggf. höhere Eingruppierung) kommt nach der Berufung in das Amt des Diakons oder der Diakonin zum Tragen. Die kommenden, von Ihnen erfolgreich absolvierten Qualifikationsschritte ermöglichen später die Berufung.
- Sie werden für die zu erbringende Zusatzausbildung je nach aktuellen Erfordernissen, max. aber bis zu 20 % dienstbefreit. Im Übrigen können Sie Ihre 5 Bildungstage, Überstundenfrei oder Urlaub einbringen.